

Denkfabrik – Forum für Menschen am Rande,
Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH Stuttgart (Hrsg.)

»Gib mir was, was ich wählen kann.« –
Demokratie ohne Langzeitarbeitslose?

Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

DENKFABRIK-FORUM FÜR MENSCHEN AM RANDE,
SOZIALUNTERNEHMEN NEUE ARBEIT GGMBH STUTTGART (Hrsg.)
*»Gib mir was, was ich wählen kann.« – Demokratie ohne Langzeitarbeitslose?
Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler/innen*
Köln: Halem, 2017

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2017 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISBN (Print): 978-3-86962-293-4
ISBN (PDF): 978-3-86962-294-1

Den Herbert von Halem Verlag erreichen Sie auch im Internet unter <http://www.halem-verlag.de>
E-Mail: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag
DRUCK: docupoint GmbH, Magdeburg
GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf
Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry.
Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Widmung

Diese Studie ist den Langzeitarbeitslosen, den Abgehängten, den Ausgegrenzten, den Benachteiligten, den Prekären, den Exkludierten und für die Wirtschaft Überflüssigen unserer Gesellschaft gewidmet, die der Politik aus dem Blick geraten sind und die nicht mehr zur Wahl gehen. Sie sind vom Arbeitsleben ausgegrenzt, weil sie zu krank, zu schwach, zu alt, alleinerziehend, zu gering qualifiziert, physisch oder psychisch krank oder einfach zu lange arbeitslos sind.

Wir wollen diese Menschen zu Wort kommen lassen und ihnen eine Stimme geben. Es lohnt sich sehr, ihnen zuzuhören. Ihre Motive, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr zu machen, gewähren einen intensiven Blick in die Lebenswirklichkeit von Menschen am Rande unserer Gesellschaft, die sich enttäuscht von der Politik abgewendet, aber die Tür noch nicht zugeschlagen haben.

Den meisten Menschen, die teilhabesatt und gesellschaftlich gut integriert sind, fällt es schwer, sich in die prekäre Welt dieser Menschen mit ihren Zumutungen und Leiden hineinzudenken. Sie verdienen unser Mitgefühl und unsere Solidarität – und jeder und jede von uns kann schon morgen zu ihnen gehören. Wer ehrlich in seine eigene Biografie schaut, weiß, dass es an entscheidenden Schnittstellen seines Lebens auch hätte anders laufen können. Im Zeitalter der immer extremer werdenden Ungleichheit ist der Schritt aus der Sicherheit in die Unsicherheit, vom Wohlstand in die Armut und von der Integration in die Exklusion oft nur ein kleiner.

Martin Tertelmann, Projektleitung der Studie ›Demokratie ohne Langzeitarbeitslose‹.

Inhalt

FRANZ SCHULTHEIS	9
Keine Wahl: Wenn langzeitarbeitslose Mitbürger der Demokratie den Rücken kehren	
MARTIN TERTELMANN	23
Den Abgehängten eine Stimme geben und sie beteiligen. Langzeitarbeitslose Forscher sind die tragende Säule dieser Studie	
JAN VELIMSKY	34
Soziale Selektivität von politischer Partizipation: Ein Überblick über den Forschungsstand	
FRIEDRICH KERN	46
»Gib mir was, was ich wählen kann.« Zusammenfassende Thesen zu den Interviews	
FRIEDRICH KERN / MARTIN TERTELMANN	54
Wir wollen etwas Besseres als das ewige »Besser als nichts«. Forderungen langzeitarbeitsloser Nichtwähler an die Verantwortlichen in Politik und an die Gesellschaft	

JAN VELIMSKY / ROBERT MATANOVIC	59
»Gewählt ist gewählt, jetzt könnt ihr nichts mehr machen!« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Herr G.</i>	
JÜRGEN KAISER / MARCUS NENSEL	100
»Ich bin halt auch schon der Überzeugung, jeder ist seines Glückes Schmied.« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Herr R.</i>	
ANDREAS RAMMIG / MARCUS NENSEL	136
»Es wird ihnen geholfen. In Deutschland alles möglich. – Nein.« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Frau J.</i>	
JÜRGEN KAISER / DASTAN JASIM	164
»Wir wollen uns integrieren, aber wir werden ständig ausgegrenzt.« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Frau S.</i>	
DASTAN JASIM / MARTIN TERTELMANN	200
»Den Reichen nicht das Machtfeld überlassen.« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Frau W.</i>	
FRIEDRICH KERN / JAN VELIMSKY	233
»... wenn die die Wahrheit sagen würden, werden sie nicht mehr gewählt.« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Herr S.</i>	
CHAFI BOUSLIMANI / JAN VELIMSKY	263
»... diese Situation hat mir meine Existenz genommen.« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Herr W.</i>	
FRANZ SCHULTHEIS / ROBERT MATANOVIC	291
»Warum soll ich das noch mit meiner Stimme auch noch legitimieren?« <i>Soziologische Rahmung und gekürztes Interview Herr D.</i>	

INES NÖSSLER	324
Arbeitsmarktpolitik als gesellschaftlicher Integrationsfaktor stärkt die Demokratie	
Kunstverdichtungen	333
Anhang	
Leitfaden und Fragen für die Durchführung der Interviews	341
Autorenverzeichnis	348
Die Interviewerinnen und Interviewer	350

Hinweise zu den Interviews und Artikeln

Beim Transkribieren der Interviews wurde die jeweilige dialektale Färbung der Interviewten zugunsten besserer Lesbarkeit weitgehend ignoriert. Längere Sprechpausen werden durch drei Punkte in runden Klammern angezeigt: (...). Kürzungen werden durch drei Punkte in eckigen Klammern angezeigt: [...]. Wurden ganze Absätze gekürzt steht das Auslassungszeichen [...] in einer eigenen Zeile, deshalb gibt es manchmal mehrere Auslassungszeichen hintereinander. Schrägstriche markieren abgebrochene Sätze. Ergänzungen werden in eckige Klammern gesetzt. Sätze oder Wörter, die trotz mehrmaligen Anhörens unverständlich blieben sind mit (unv.) markiert.

In den Interviews bezeichnet ›B‹ die Interviewerin oder den Interviewer (B = Befragter). ›I‹ steht für die interviewte Person.

Soweit in den Artikeln Berufs- Gruppen- und / oder Personenbezeichnungen Verwendung finden, ist auch stets die jeweils weibliche Form gemeint.

FRANZ SCHULTHEIS

Keine Wahl: Wenn langzeitarbeitslose Mitbürger der Demokratie den Rücken kehren

Man hat sich in unseren westlichen Demokratien schon daran gewöhnt, dass die Schlangen an den Wahlurnen immer kürzer werden und von Wahlperiode zu Wahlperiode immer mehr Mitbürger ›mit den Füßen wählen‹, indem sie am Wahlsonntag vorziehen, anderen Dingen nachzugehen, anstatt von ihren demokratischen Grundrechten Gebrauch zu machen. Dies steht ihnen in einer Demokratie ja frei, wohingegen Wahlpflicht in der Regel die Gepflogenheiten autoritärer Regime kennzeichnet, die sich mittels hoher Wahlbeteiligung bei Schein-Wahlen einen demokratischen Anstrich geben wollen. Wo also liegt das Problem? Warum wird seit geraumer Zeit das Phänomen stetig zunehmender Wahlabstinenz öffentlich diskutiert, problematisiert, ja skandalisiert?

Man stelle sich vor: Es sind Wahlen und keiner geht hin ... Dieser Grenzfall führt bildlich vor Augen, in welche Krise unsere Demokratien steuern, wenn die Politikmüdigkeit der Bürger diese Regierungsform, die ja von der zumindest periodischen aktiven Beteiligung des Wahlvolks lebt und ihre Legitimation bezieht, weiterhin kontinuierlich zunimmt. Verloren geht hierbei auch das Ideal des mündigen, politisch verantwortungsvollen und engagierten Staatsbürgers, wie es sich historisch beim schrittweisen Austritt aus seiner »selbstverschuldeten Unmündigkeit« (Kant) in den letzten beiden Jahrhunderten herausgebildet hat. Das verfassungsmäßig verbrieft demokratische Grundrecht »Alle Macht geht vom Volke aus« wird durch die wachsende Wahl-Verweigerung mehr und mehr ausgehöhlt und brüchig, was unweigerlich zu einer einschneidenden Legitimationskrise dieser Regierungsform führen muss.

Nun ist es nach verfügbaren statistischen Erhebungen und wissenschaftlichen Forschungen keineswegs so, dass alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen an diesem Wählerschwund teilhaben. Die ›leaky pipeline‹ der Wahlbeteiligung zeichnet bei gesellschaftlich benachteiligten Gruppen deutlich höhere Verlustraten als bei ökonomisch gesicherten, bildungsnahe Schichten, und diese soziale Ungleichheit bei der Wahlbeteiligung zeigt sich in besonders krasser Weise bei der Kategorie der Langzeitarbeitslosen, die einen deutlich überproportionalen Anteil an Nichtwählern aufweisen.

Wird der Verzicht auf Wahrnehmung des Wahlrechts seitens der wohl integrierten gesellschaftlichen Gruppen oft sozialpsychologisch als – vermeintlicher – Ausdruck allgemeiner Zufriedenheit mit dem Status quo gedeutet, kann diese ohnehin fragwürdige Hypothese mit Blick auf die Langzeitarbeitslosen nur von Zynikern ernsthaft in Betracht gezogen werden. Nun könnte man in einer nicht minder zynischen Perspektive die Wahlabstinenz dieser sozial Ausgegrenzten gar als konsequenten Selbstausschluss aus dem politischen Stimmrecht interpretieren und begrüßen, bedenkt man etwa, dass von prominenter Seite, wie etwa vom Gründervater der neoliberalen Weltanschauung, Friedrich August Hayek, oder jüngst von einem der Wortführer der AfD gefordert wurde, Arbeitslose und andere von staatlicher Alimentierung abhängige Gruppen per se vom Wahlrecht auszuschließen. Natürlich würde heute trotz allen Erschütterungen unserer demokratischen Kultur ein empörter Aufschrei durch die Öffentlichkeit gehen, wenn solche Forderungen ernsthaft erhoben würden, die auf die Beschneidung eines verfassungsmäßig geschützten universellen Teilhaberechts aller Bürger zielten.

Demgegenüber scheint aber der Wahlverzicht und Selbstausschluss wachsender Bevölkerungsgruppen, allen voran der Langzeitarbeitslosen, qua Fernbleiben am Wahltag auf den ersten Blick unproblematisch, steht er doch nicht im expliziten Widerspruch zum Prinzip der Wahl-Freiheit.

Was aber, wenn dieser Selbstausschluss von der Wahrnehmung eines demokratischen Grundrechts durch spezifische, politisch mitverantwortete oder zumindest geduldete gesellschaftliche Existenzbedingungen, der Erfahrung extremer sozialer Ausschließung von Lebenschancen aller Art, massiv beeinflusst wird? Was, wenn die Wahlabstinenz nur als konsequentes Zuendedenken, als ultimativer Ausdruck des auf Schritt und Tritt zu spürenden Gefühls des Nicht-dazu-Gehörens erscheint? Ist es nicht ein sehr beredtes Symptom einer Gesellschaft, die die ›Gleichheit‹ aller Bürger proklamiert, diese Gleichheit aber nur als formal konzipiert und nicht in ma-

terieller Hinsicht realisiert? Ist es weniger skandalös, wenn Mitmenschen angesichts der erfahrenen Ausgrenzung dann selbst noch diesen Schlussstrich ziehen und die ohnehin als illusorisch und blanken Hohn erscheinenden Teilhaberechte am demokratischen Gemeinwesen aufkündigen?

Hier hat dann die demokratische Ordnung ein echtes Problem.

»Alle Staatsgewalt«, so heißt es in der deutschen Verfassung, »geht vom Volke aus«! Wie aber steht es mit diesem Anspruch, wenn der Demokratie das Volk mehr und mehr abhandenkommt bzw. es ihr den Rücken kehrt? Die von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen inkarnieren dieses Problem geradezu idealtypisch und bieten sich deshalb in besonderer Weise für eine kritische Radiografie der spezifischen Befindlichkeiten und Motive an, die sich hinter der wachsenden Wahl-Verweigerung verbergen. Die hier präsentierte kollektive Forschung ging, wie nachfolgend erläutert wird, dieser brennenden gesellschaftlichen Frage auf ganz eigene Art nach.

1. Demokratie von ›unten‹ gesehen: Zeugnisse von Langzeitarbeitslosen

In der hier vorgelegten Studie kommen Mitmenschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, verschiedenster Herkunft und Ausbildung und mit je individuellen persönlichen Lebensläufen und -schicksalen zu Wort. Was ihnen gemein ist und sie trotz allen Verschiedenheiten zu einem vielstimmigen Chor zusammenschweißt, ist die geteilte Erfahrung jahrelanger Arbeitslosigkeit und der mit diesem Zustand einhergehenden Nöte, Frustrationen, Scham und erlittenen Zumutungen und Ausgrenzungen aus der Normalität unserer Gesellschaft. Weiterhin teilen sie auf überraschend – bis in die Wortwahl – gleichlautende und -gestimmte Weise ein geradezu erschreckend kritisches, distanziertes und pessimistisches Bild eines politischen Gemeinwesens, dessen demokratische Postulate sie als hohle Fassade empfinden, und kehren dieser ›Scheindemokratie‹, wie es des Öfteren von dieser Seite heißt, den Rücken. In den Dutzenden Interviews mit Langzeitarbeitslosen, die für diese kollektive Sozialforschung zum Verhältnis von Langzeitarbeitslosigkeit und Lage der Demokratie geführt wurden, wird man mit Aussagen und Urteilen zur ›Lage der Nation‹ von unten konfrontiert, die jedem Volksvertreter auf geradezu brutale Weise den totalen Vertrauensverlust vor Augen führen, dem die demokratische Ordnung seitens dieser für rund drei Millionen weitere Betroffene

von Langzeitarbeitslosigkeit sprechenden Interviewpartner fast unisono ausgesetzt ist. Hören wir hier eine kleine Stichprobe von Zitaten aus den Interviews, stellvertretend für Hunderte ähnlich lautende:

Langzeitarbeitslose aus Würzburg:

»Ich gehe nicht mehr wählen, weil es egal ist, ob es jetzt die CDU oder SPD ist, egal, welche Partei du wählst, es ist immer das Gleiche. In den Wahlverfahren, also bevor die Wahl losgeht, versprechen sie alles und sobald sie dann gewählt sind, wird nichts umgesetzt, weil sie ja ihr Schäfchen im Trockenen haben [...].«

»Ja, wenn sie ihr Wahlversprechen mal halten würden, dass jeder Mensch in Menschenwürde leben kann. Und nicht jeden Monat oder knapp vorm, zwei Wochen vor Monatsende dann schauen müssen, dass sie was zu essen auf dem Tisch haben oder sonst was [...].«

»Also, wenn zum Beispiel, sagen wir mal, es ist einer in der Partei drinnen oder mehrere in der Partei drinnen, die ein Handicap haben oder die selbst lang arbeitslos waren oder die selbst Geringverdiener waren, dann denke ich, dass die ein anderes Denken haben und versuchen, diese Ziele auch umzusetzen. Also, dass das aus der Welt geschafft wird. Diese Missstände [...]. Aber im Laufe des Lebens, wie es halt so ist, verliert man halt den Glauben an die Politik, wenn man merkt, man wird nur ausgebeutet als Mensch und es wird immer schlimmer. Man (...) denkt natürlich nicht nur an sich selber, man denkt auch an seine Kinder, die ja noch länger leben wie man selber. An denen ihre Zukunft denkt man.«

Langzeitarbeitslose aus Heilbronn:

»Ja, also, ich bin immer wählen gegangen, weil ich mir gedacht habe, wer nicht wählen geht, hat auch keinen Anspruch darauf oder (...) kann nicht erwarten, dass sich was ändert. (...) Bin aber dann in den letzten Jahren nicht mehr wählen gegangen, weil ich von den Parteien eigentlich, egal welchen, so enttäuscht war oder auch teilweise noch bin, weil ich sage, die machen halt sich die Taschen selber voll und es fallen alle möglichen Leute durch das Raster.«